



information*

WWW.SPDFRAKTION.DE

Dialogpapier

Eine Welt vor Ort

Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen

Veranstaltung der Arbeitsgruppen
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
AG Weltwirtschaft und AG Kommunalpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

am 17. Mai 2017 in Berlin

Im Dialog

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen, wie wir Kommunen in der Nutzung ihrer Potenziale für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit stärken können. Dafür bitten wir Sie, bereits im Vorfeld der Veranstaltung mit der kurzen Beantwortung einer oder mehrerer Fragen am Ende dieses Dialogpapiers einen fachlichen Input zu leisten, den wir mit Ihnen und unseren Gästen diskutieren möchten. Wir bitten um Einsendung Ihrer Stellungnahme bis zum 2. Mai.

Eine Welt vor Ort – Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro verwiesen die teilnehmenden Staaten auf die Bedeutsamkeit der lokalen Ebene als wichtigen Faktor, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Mit dem globalen Aktionsprogramm Agenda 21 erklärten sie die Kommunen als unverzichtbare Akteure für eine nachhaltige Entwicklungspolitik und legten damit weltweit die Grundlage für die Lokalen Agenda-Prozesse unter Beteiligung der Bevölkerung in den Kommunen. Seitdem wird dieser Ansatz in zahlreichen Beschlüssen und Abkommen fortwährend bekräftigt und ausgebaut und die zentrale Rolle kommunaler Akteure stets hervorgehoben.

Im 25. Jahr nach Rio engagieren sich zahlreiche deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise erfolgreich in der kommunalen Entwicklungspolitik und leisten damit einen wichtigen Beitrag für mehr globale Nachhaltigkeit. Die Handlungsfelder sind vielfältig. Lokal werden Beschlüsse zur fairen Beschaffung gefasst, der Faire Handel unterstützt und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit der Zivilgesellschaft gefördert. Viele Kommunen engagieren sich darüber hinaus bereits seit vielen Jahren im Rahmen kommunaler Partnerschaften mit Städten aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie vermitteln kommunalspezifische Kompetenzen, helfen beim Aufbau demokratischer Strukturen und unterstützen damit auch die Entwicklungszusammenarbeit von Bund und Ländern. Sie vernetzen sich international mit anderen Kommunen und global aktiven Institutionen für zukunftsfähige Städte zu Themen wie: Klima, Umwelt, Mobilität, Bildung, kommunale Dienstleistungen oder partizipative Stadtentwicklung. Im Zusammenschluss setzen sie sich über den Weltverband der Kommunen (UCLG) für ihre Ziele und Interessen ein, wie z. B. für die kommunale Selbstverwaltung. Auch die deutschen kommunalen Spitzenverbände engagieren sich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Zudem helfen Kommunen in der Katastrophen- und Krisennothilfe.

Mit ihrem Engagement finden Kommunen lokale Antworten auf viele der globalen Herausforderungen. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten. Der weltweit anhaltende Trend zur Urbanisierung erfordert effiziente und innovative Lösungskonzepte, um Herausforderungen wie dem Klimawandel, Armut oder nachhaltiger Stadtentwicklung angemessen zu begegnen. Städte sind häufig Vorreiter für landesweite und internationale Entwicklungstrends. Dieses Potenzial kann besonders effektiv im Erfahrungsaustausch und wechselseitigem Lernen gleichberechtigter Partner für die entwicklungspolitische Arbeit genutzt werden. Mit all diesen Aktivitäten leisten sie auch ihren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Aufgrund der Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern können Kommunen die Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und globalen Auswirkungen gut vermitteln und erfahrbar machen sowie bürgerschaftliches Bewusstsein fördern. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist Bildung für nachhaltige Entwicklung und fördert globales Lernen. Kommunale Entwicklungspolitik bedeutet auch immer die Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die Stärkung des Ehrenamts und kann identitätsstiftend für eine Gemeinde und ihre Verwaltung wirken. Entwicklungspolitisches Engagement trägt zu Weltoffenheit, Toleranz und interkultureller Kompetenz bei, erhöht die Attraktivität im globalen Standortwettbewerb und dient der Imageförderung.

Der wachsende Anteil von Migrantinnen und Migranten in den Kommunen bietet Chancen für die kommunale Entwicklungspolitik. Als „Experten zwischen den Welten“ können sie als Vermittler und Berater vor Ort dienen und kulturelle Brücken bauen. Ihr bürgerschaftliches und entwicklungspolitisches Engagement in Migrantenorganisationen oder Diasporagemeinschaften wird von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zunehmend als Potenzial erkannt. Sie leisten Unterstützung zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Neben finanzieller Hilfen im nicht unerheblichen Maße, setzen sie ihr technisches, wirtschaftliches und politisches Know-how in den Herkunftsländern ein und fördern mit diesen sogenannten sozialen Rücküberweisungen (social remittances) ebenfalls deren nachhaltige Entwicklung.

Die Kommunen leisten diesen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag als freiwillige Aufgabe, auf Basis allgemein schwieriger Finanzlagen der öffentlichen Kassen und zusätzlich zu einem umfangreichen sonstigen Aufgabenspektrum. Für ihr vielfältiges Engagement benötigen die Kommunen umfassende Unterstützung von EU, Bund und Ländern. Die Bundesregierung fördert gezielt das entwicklungspolitische Engagement deutscher Kommunen. Als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik steht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) seit 2001 deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen als Service- und Beratungseinrichtung zur Verfügung. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen auf Vernetzung, Beratung, Qualifizierung sowie die personelle und finanzielle Unterstützung für Partnerschaftsprojekte mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Beratungsangebote und Produktfinder helfen Kommunen ihr öffentliches Beschaffungswesen nachhaltig zu gestalten. Die Länder messen der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Kommunen eine große Bedeutung bei. Sie haben individuelle entwicklungspolitische Leitlinien oder Strategien erarbeitet, die diese bürgernahe Ebene explizit mit einbeziehen, und geben damit mal mehr mal weniger bindend Orientierung für die kommunale entwicklungspolitische Arbeit. Auch die Europäische Union erkennt Kommunen als wichtige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit an und ermutigt sie zu mehr Engagement.

Wir wissen, dass die Kommunen ein großes Potenzial zur Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele bieten. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte mit Ihnen darüber diskutieren, wie diese Kraft noch effektiver genutzt werden kann. Deshalb bitten wir Sie auf die nachfolgenden Fragen im Vorfeld der Veranstaltung kurze Antworten zu finden. Ihre Stellungnahmen werden inhaltliche Grundlage unserer Podiumsdiskussion unter Einbindung des Publikums sein. Nutzen Sie die Chance, Ihre Expertise bereits im Vorfeld in unsere Veranstaltung einzubringen.

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge bis zum **2. Mai 2017**, um die Rückläufe für die Veranstaltung auswerten und zusammenfassen zu können, per Mail an

heike.friedrich-hoelscher@spdfraktion.de

Fragen

- Wo müssen bundespolitische Maßnahmen ansetzen, um die Kräfte und Synergien entwicklungspolitischer Arbeit auf kommunaler Ebene zu stärken und zu verstetigen? Welche Form des Anschubs befähigt Kommunen, entwicklungspolitische Aktivitäten als festen Bestandteil im Kanon der freiwilligen kommunalen Aufgaben zu etablieren?
- Welche Restriktionen und Reibungsverluste ergeben sich im Zusammenspiel von EU, Bund, Ländern und Kommunen für eine effektive Zusammenarbeit und wie könnten diese behoben werden?
- Haben Sie weitere Aspekte zu diesem Thema, über die sie am 17. Mai mit uns und den Expertinnen und Experten diskutieren möchten?